



Vorstellung der Rahmenzielvereinbarung

Landespressekonferenz NRW, 9. Mai 2006

durch

- **Udo Molsberger, Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland**
- **Dr. Uwe Becker, Vorsitzender Freie Wohlfahrtspflege NRW**
- **Wolfgang Schäfer, Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe**

Landespressekonferenz 9. Mai 2006, 11.00 Uhr

Ihre Gesprächspartner:

Wolfgang Schäfer	Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (Münster)
Dr. Uwe Becker	Vorsitzender der Freien Wohlfahrts- pflege NRW (Düsseldorf)
Udo Molsberger	Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland (Köln)



Landschaftsverband
Westfalen-Lippe www.lwl.org



LANDSCHAFTS
VERBAND
RHEINLAND

LVR



Qualität für Menschen

„Betreutes Wohnen statt Heim“: Mehr Menschen mit Behinderungen selbstständige Lebensführung ermöglichen

Landschaftsverbände und Freie Wohlfahrtspflege schließen bundesweit einmalige Vereinbarung

Düsseldorf - Die beiden Landschaftsverbände und die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrt in NRW haben sich darauf geeinigt, dass bis 2009 rund 3.500 mehr behinderte Menschen als bisher in der eigenen Wohnung statt im Heim leben. Durch die bundesweit einmalige Regelung werde ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht, hieß es am Dienstag (9. Mai) in Düsseldorf. Gleichzeitig seien durch die vereinbarte bessere Steuerung der Behindertenhilfe Einsparungen von zirka 50 Millionen Euro im Jahr für beide Landschaftsverbände möglich. 2000 frei werdende Heimplätze sollen abgebaut werden, kündigten die Verbandsspitzen zudem an.

In Nordrhein-Westfalen leben rund 17.700 Menschen mit ambulanter Betreuung selbständig "in eigenen vier Wänden", 40.000 Menschen mit Behinderungen dagegen leben in Heimen, die die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW NRW) betreiben. Neun Prozent der betroffenen Menschen sollen bis Ende 2008, der Laufzeit der Vereinbarung, aus einem Heim in eine eigene Wohnung oder in eine Wohngemeinschaft wechseln. Außerdem könne die neue Regelung den vorerst noch anhaltenden Anstieg der Fälle in den Jahren 2006 bis 2008 auffangen helfen.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und der Landschaftsverband Rheinland (LVR) geben pro Jahr im Rahmen der Sozialhilfe zirka 1,8 Milliarden Euro an Eingliederungshilfe für das Wohnen behinderter Menschen aus. Nach der Vereinbarung werden die Vergütungen, die die Landschaftsverbände für das Wohnen zahlen, eingefroren. Heime, die Plätze abbauen, werden aber mit erfolgsabhängigen Sonderzahlungen belohnt. Ein Platz im Heim kostet in NRW pro

Tag durchschnittlich 100 Euro, die Betreuung im Ambulant Betreuten Wohnen ist dagegen um 30 bis 50 Prozent kostengünstiger.

„Wir wollen noch stärker umsteuern – Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmter im eigenen Zuhause leben, wann immer das geht. Gleichzeitig muss die öffentliche Hand sparen wo es geht“, so LWL-Direktor Wolfgang Schäfer.

Schäfer betonte, dass nach der Vereinbarung weder die Qualität der Betreuung leiden werde noch jemand gezwungen werde, aus dem Heim auszuziehen. Schäfer erläuterte, dass die Vereinbarung durch den vereinbarten Abbau der Plätze die Landschaftsverbände ab 2009 um jährlich zirka 50 Millionen Euro entlaste, wenn alle Ziele erreicht würden.

Der Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen, Dr. Uwe Becker dazu: „Diese wichtige Vereinbarung wurde erreicht, weil unseren Verbänden mit den beiden Landschaftsverbänden zwei kompetente überregionale Partner gegenüber saßen. In Einzelverhandlungen mit mehr als 50 Städten und Kreisen wäre eine solche überregionale Einigung wohl kaum möglich gewesen. Wir werden die Übergänge zwischen stationären und ambulanten Wohnformen flexibel gestalten. Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen im Ambulant Betreuten Wohnen verbessert und entbürokratisiert. Und: Wir gewinnen Zeit, die behinderten Menschen und ihre Angehörigen auf diese Entwicklung vorzubereiten. Mit der nunmehr unterschriebenen Vereinbarung ist uns beinahe die Quadratur des Kreises gelungen.“

LVR-Direktor Udo Molsberger: „Dieser weitreichende Vertragsabschluss zwischen der öffentlichen Hand und den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege hat eine Pilotfunktion für ganz Deutschland. Zum ersten Mal vereinbarten die Verbände der Einrichtungen und wir als Kostenträger, den Paradigmenwechsel „ambulant vor stationär“ konkret umzusetzen, also die Förderung des selbstbestimmten Lebens von Menschen mit Behinderung. Zum ersten Mal treten die Verbände und wir gemeinsam ein für eine Kostensenkung in der Behindertenhilfe. Beide Seiten dokumentieren mit dieser Vereinbarung zugleich den Willen, die Mitgliedskörperschaften der Landschaftsverbände, die Städte und Kreise in NRW, finanziell zu entlasten.“

Hintergrund:

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit steigt in Deutschland die Zahl der behinderten Personen mit Betreuungsbedarf Jahr für Jahr an, jährlich um rund 10.000 Personen. Der medizinische Fortschritt und die moderne Betreuung tragen dazu bei, dass heutzutage auch viele sehr schwer behinderte Menschen ein normales Lebensalter erreichen.

In den zurückliegenden Jahren gab es bei der Betreuung behinderter Menschen in Heimen massive Kostensteigerungen. Das lag daran, dass die Zahl der hilfebedürftigen behinderten Menschen kontinuierlich stieg und dass mehr Personen als früher schwerste Behinderungen aufweisen und damit einen höheren Betreuungs- und Pflegebedarf haben. Diese Entwicklungen sind in allen Bundesländern gleich. Um die gravierenden Kostensteigerungen in diesem Bereich zu bremsen, ist das Ziel, das Ambulant Betreute Wohnen in der eigenen Wohnung erheblich aus- und Heimplätze abzubauen.

Während in den meisten Bundesländern Landesämter für die Finanzierung und Steuerung der Hilfen für behinderte Menschen zuständig sind, liegt diese Verantwortung in NRW bei den kommunal verfassten Landschaftsverbänden.